

2/201/16-2 SH

Jan. 83

Schleswig-Holstein-Programm

**für die Landtagswahl
am 13. März 1983**



<u>Unsere Themen</u>	<u>Seite</u>
UNSER SCHLESWIG-HOLSTEIN: DAS LAND UND SEINE BÜRGER	4
I. UNSERE LEBENSGRUNDLAGE: GESUNDE BETRIEBE, SICHERE ARBEITSPLÄTZE	6
1. Arbeitsplätze schaffen	7
2. Ehrliche Finanzpolitik	7
3. Strukturpolitik für Schleswig-Holstein	8
4. Leistungsfähiger Mittelstand - solide Basis der heimischen Wirtschaft	9
5. Für sichere, preiswerte und umweltfreundliche Energie	9
6. Schiffbau und Schifffahrt	10
7. Humanes Wohnen	11
8. Fremdenverkehrsland Schleswig-Holstein	12
9. Verkehr sicher und zügig	12
10. Wir wollen den informierten Verbraucher	13
11. Land- und Ernährungswirtschaft	13
12. Agrarpolitik für bäuerliche Familien	14
13. Ernährungswirtschaft - Partner der Landwirtschaft	15
14. Fischer und Fischwirtschaft gehören zu Schleswig-Holstein	15
15. Forstwirtschaft	16
16. Unsere Dörfer erhalten	16
17. Sicherheit an unseren Küsten	16
18. Raumordnung und Landesplanung	17
II. IN SCHLESWIG-HOLSTEIN: MEHR GESUNDE UMWELT	18
19. Auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege	19
20. Saubere Gewässer	19
21. Ölunfälle	21
22. Luftreinhaltung	21
23. Abfallbeseitigung	22
24. Strahlenschutz	22
25. Lärmbekämpfung	23
III. MIT UNSERER JUGEND: GEMEINSAM FÜR EINE MENSCHLICHERE ZUKUNFT	24
26. Bildung und Jugend	24
27. Die beruflichen Zukunftschancen für unsere Jugend sichern	28
28. Jugend	31
29. Sport	33

	<u>Seite</u>
IV. UNSERE VERANTWORTUNG: VERSTÄNDNIS UND HILFE FÜREINANDER	35
30. Familie	35
31. Soziale Sicherung und soziale Dienste	36
32. Gesundheit	38
33. Ausländerpolitik	40
 V. FÜR UNSER LAND: FRIEDEN UND SICHERHEIT IN FREIHEIT	 41
34. Frieden und Sicherheit	41
35. Der Landtag	42
36. Schleswig-Holstein im Bund	42
37. Leistungsfähige, sparsame und bürgernahe Verwaltung	43
38. Kommunale Selbstverwaltung	44
39. Recht und Justiz	45
40. Freiheit und Vielfalt der Medien	46

Unser Schleswig-Holstein: Das Land und seine Bürger

Auch in einer Zeit schwerer politischer Erschütterungen ist unser Schleswig-Holstein ein Bundesland, in dem es sich lohnt, zu leben und zu arbeiten. Schleswig-Holstein bietet die Vorzüge eines Landes mit einer modernen Aufwärtsentwicklung und hat zugleich seine reichhaltige Tradition bewahrt. Schleswig-Holstein hat sich zu einer leistungsfähigen Wirtschaftsregion entwickelt und dabei die Schönheiten seiner Naturlandschaft erhalten. Wirtschaft, Landwirtschaft und Fremdenverkehr bilden eine harmonische Einheit. Seine einst nachteilige Randlage hat Schleswig-Holstein zum völkerverbindenden Brückenschlag nach Skandinavien genutzt.

Schleswig-Holstein ist ein Land mit vielfältigen landschaftlichen und kulturellen Eigenarten. Ebenso abwechslungsreich ist auch das Bild unserer Städte und Dörfer. In ihnen wird unsere einzigartige Geschichte sichtbar. Durch Landschaft und Menschen geprägt, wirkt die Kultur Schleswig-Holsteins weit über seine Grenzen hinaus.

Musik, Theater, Volkskunst, Sprache und Heimatpflege wollen wir weiter fördern und für junge Menschen attraktiver machen. Damit wird das Selbstverständnis und Heimatbewußtsein der Schleswig-Holsteiner gestärkt.

Alle Schleswig-Holsteiner empfinden dieses Land als ihre Heimat. Hunderttausende Heimatvertriebener haben das moderne Schleswig-Holstein mit aufgebaut und hier ihre zweite Heimat gefunden. Ihr Schicksal sowie die tägliche Mahnung durch die innerdeutsche Grenze, die Deutschland teilt, sind uns Verpflichtung, unseren ständigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Landsleute im Osten sowie zur Wahrung und Fortentwicklung des gesamtdeutschen Bewußtseins zu leisten. Hunderttausende von neuen Bürgern sind in den letzten Jahren aus anderen Bundesländern zu uns gekommen, weil sie auf ihre Zukunft in Schleswig-Holstein bauen.

Alles, was wir Schleswig-Holsteiner in der Vergangenheit gemeinsam geschaffen haben, müssen wir in diesen schwierigen Zeiten ebenso gemeinsam erhalten. Denn die großen Sorgen der Gegenwart gehen uns alle an. Vordringliches Ziel bleibt es, der Wirtschaft neuen Aufschwung zu verleihen und die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Denn nur gesunde Betriebe und beständige Arbeitsplätze sichern unsere Lebensgrundlage: Eine stabile Wirtschaft ist auch eine Voraussetzung dafür, daß wir noch mehr für eine intakte Umwelt tun können.

Alle unsere Anstrengungen sind darauf gerichtet, unserer Jugend den Weg in eine sichere Zukunft zu ebnen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir an jene denken, die sich selbst nur schwer helfen können: unsere Alten, Kranken und Behinderten. Unsere besondere Verantwortung gilt der Familie als Fundament unseres Staates und der Gesellschaft. Schließlich müssen wir gemeinsam dafür einstehen, daß unsere freie Lebensform nicht durch die Gegner unserer Demokratie von innen und von außen zerstört wird.

Dazu gehört auch, daß politische Mehrheiten gefunden werden, die uns nicht in eine Unregierbarkeit führen. Der rot/grüne Kurs der SPD hat in Hamburg und Hessen bereits zum Stillstand der Politik geführt. In Schleswig-Holstein darf sich so etwas nicht wiederholen. Wir wollen keine basisdemokratischen Experimente mit Nullwachstum, mit Blockade neuer Technologien, mit immer mehr Staat, mit immer mehr Bürokratie. Denn damit würden weitere Betriebe in den Zusammenbruch getrieben, und die Arbeitslosigkeit würde verschärft.

Die SPD ist heute auch hier in Schleswig-Holstein bereit, wesentliche Interessen der berufstätigen Menschen einer Vereinigung mit Alternativen und Grünen zu opfern.

Die CDU als große Volkspartei bekennt sich zu ihrer Verantwortung für die gesamte Bevölkerung. Die CDU wird auch künftig ihren klaren Kurs mit Uwe Barschel und seiner Mannschaft steuern. Bei der Landtagswahl am 13. März 1983 braucht diese Regierung die breite Zustimmung der Bürger, um mit einer deutlichen Mehrheit in den nächsten vier Jahren die notwendigen politischen Entscheidungen in Schleswig-Holstein zum Wohle aller Schleswig-Holsteiner treffen zu können.

Gerhard Stoltenberg

Dr. Gerhard Stoltenberg
Vorsitzender des CDU-Landesverbandes
Schleswig-Holstein

Uwe Barschel

Dr. Uwe Barschel
Ministerpräsident des Landes
Schleswig-Holstein

I. Unsere Lebensgrundlage: Gesunde Betriebe, sichere Arbeitsplätze

Die CDU Schleswig-Holstein steht zur sozialen Marktwirtschaft. Mit der sozialen Marktwirtschaft wollen wir die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes lösen und damit vor allem die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Es geht um die Erhaltung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, um die Sicherung unserer Energie- und Rohstoffversorgung, um die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt, um die Überwindung der Armut in der Dritten Welt.

Aufgaben sind genug da, um allen Menschen in unserem Land Arbeit und Einkommen zu geben. Was wir zur Lösung dieser Aufgaben brauchen, sind vor allem mehr Investitionen, besseres Wirtschaften, Erfindungsgeist und Eigeninitiative. Sichere Arbeitsplätze gibt es nur in gesunden Betrieben, in denen die Leistung der Arbeitnehmer anerkannt und entsprechend entlohnt wird.

Das sind unsere Ziele:

- * Mehr private und öffentliche Investitionen in neue Arbeits- und Ausbildungsplätze, insbesondere auch für junge Menschen.
- * Abbau der Staatsverschuldung, dann sinken auch die Zinsen.
- * Wer sich selbständig macht, schafft Arbeitsplätze. Wir helfen ihm dabei mit Rat und Tat.
- * Mehr Wohnungen bauen. Unsere neue Bundesregierung wird unverzüglich damit beginnen, die wohnungsbaupolitischen Vorschläge der CDU/CSU zu verwirklichen.
- * Die Bremsklötze für private Investitionen müssen weg. Durch den Bau moderner und sicherer Kraftwerke sowie die Nutzung neuer Technologien, etwa im Bereich der neuen Medien und des Umweltschutzes, können viele zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der von der CDU begonnenen und von den Sozialliberalen gestoppten Vermögensbildungspolitik ein. Sie kommt allen Arbeitnehmern zugute.

1. Arbeitsplätze schaffen

Wir wollen einen grundlegenden Wandel in der Beschäftigungssituation herbeiführen. Schwarzarbeit kostet Arbeitsplätze; wir werden sie deshalb auch in Zukunft bekämpfen.

Die CDU Schleswig-Holstein wird weiterhin in engem Kontakt mit Unternehmen und Gewerkschaften nach Kräften neue Arbeitsplätze fördern und vorhandene sichern. Die CDU-Landesregierung hat deshalb 1982 erhebliche Finanzmittel für Investitionen und Investitionshilfen eingesetzt. Dies wird vielen Menschen - gerade in der notleidenden Bauwirtschaft - Arbeit geben. Während die CDU-Landesregierung für den Wohnungsbau und für den Tiefbau zusätzliche Mittel bereitstellte, hat die ehemalige Bundesregierung ihre Verpflichtungen im Bereich der Investitionen und der investiven Fördermaßnahmen in Schleswig-Holstein einschneidend gekürzt und uns damit den Weg aus der von ihr maßgeblich verschuldeten Wirtschaftskrise erschwert.

2. Ehrliche Finanzpolitik

Die CDU in Schleswig-Holstein ist stets für eine solide Finanzpolitik eingetreten. Unser Ziel bleibt es, die staatlichen Finanzen in Ordnung zu halten und den Schuldenzuwachs zu begrenzen. Wir werden staatliche Aufgaben und Ausgaben ständig überprüfen, um die gefährdete Handlungsfähigkeit des Gesamtstaates wieder zurückzugewinnen. Subventionen dürfen den Wettbewerb nicht verzerren. Sie sollen den notwendigen Strukturwandel erleichtern und wettbewerbsfähige, zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.

Unsere Haushaltspolitik wird bestimmt von Sparsamkeit und Augenmaß: Durch Umschichtung unserer öffentlichen Ausgaben konnten wir 1982 ein Auftragsvolumen von 4 Milliarden DM für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auslösen. Die damit bewirkten Beschäftigungsimpulse stellen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dar. Unsere Devise heißt: Der Staat muß mehr investieren und weniger verbrauchen zu unserem eigenen Wohl und zum Wohle unserer Kinder. Das heißt aber auch, daß nicht nur der Staat, sondern jeder einzelne Bürger nach seiner Leistungsfähigkeit bereit sein muß, Opfer zu bringen.

Wir brauchen die private Initiative, die Eigenverantwortung, das Können

und den Fleiß unserer Bürger. Deshalb müssen Risikobereitschaft und berufliche Leistung wieder anerkannt werden. Nur so können wir auf Dauer die finanziellen Voraussetzungen für die notwendige soziale Absicherung unserer Bürger zurückgewinnen.

3. Strukturpolitik für Schleswig-Holstein

Die CDU hat in langjähriger erfolgreicher Arbeit die Wirtschaftsstruktur des Landes erheblich verbessert. Unsere erfolgreiche Politik, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes sicherzustellen, wird durch die bundesweite Wirtschaftskrise erschwert.

Die ehemalige Bundesregierung hat ihre eigenen regionalen Hilfen für Schleswig-Holstein trotz gestiegener wirtschaftlicher Probleme vermindert.

Damit jedoch nicht genug: Sie hat eine Hilfe für das von den norddeutschen Ländern vorgelegte Strukturprogramm verweigert.

Unsere neue Bundesregierung hat bereits für 1983 die Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben - regionale Wirtschaftsstruktur, Agrarstruktur und Küstenschutz sowie Hochschulbau - erheblich aufgestockt.

Die regionale Strukturpolitik der CDU-Landesregierung wird darüber hinaus sicherstellen,

- * daß kein förderungswürdiges Vorhaben im Lande aus Mangel an Fördermitteln scheitert,
- * daß besonders strukturschwache Räume, wie der Landesteil Schleswig und weite Teile Dithmarschens, besondere Hilfe erhalten, unter anderem auch Nachteile gegenüber den Gebieten der Zonenrandförderung abgebaut werden,
- * daß die Zonenrandförderung als Ausdruck unseres Willens zur deutschen Einheit erhalten bleibt.

Die CDU Landesregierung wird sich ferner dafür einsetzen, daß die Teile Dithmarschens, die durch die Neuregelung von 1981 aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ausgeschieden sind, wieder in die Förderung übernommen werden.

4. Leistungsfähiger Mittelstand - solide Basis der heimischen Wirtschaft

Die kleinen und mittleren Betriebe in Handel, Handwerk und Industrie und die freien Berufe in Schleswig-Holstein haben auch in schwierigen Zeiten ihre Anpassungsfähigkeit an die Marktbedingungen und ihre Aufgeschlossenheit für den technischen Fortschritt bewiesen. Sie bieten Arbeitsplätze für gut zwei Drittel der Arbeitnehmer im Lande und Ausbildungsplätze für Zehntausende von Jugendlichen, die dadurch eine gute Chance für die Zukunft erhalten.

Während die ehemalige Bundesregierung die Betriebe ständigen Wechselbädern von neuen Steuer- und Abgabenlasten und kurzatmigen Förderungsprogrammen ausgesetzt hat, verfolgt die CDU-Landesregierung eine konsequente Politik, auf die sich die Wirtschaft verlassen kann.

- * Die Errichtung neuer mittelständischer Betriebe wird durch das Landes-Existenzgründungsprogramm auch in Zukunft wesentlich erleichtert.
- * Die Modernisierung und Erweiterung vorhandener Betriebe wird durch das Mittelstandsstrukturprogramm des Landes gefördert.
- * Die rechtzeitige Anpassung der Betriebe an veränderte Marktverhältnisse im In- und Ausland, an neue Technologien und Organisationsstrukturen wird durch eine wirksame Beratung mit Hilfe des Landes ermöglicht.
- * Die CDU wird der Errichtung weiterer Großmärkte im Rahmen der gegebenen Rechtslage entgegentreten.

5. Für sichere, preiswerte und umweltfreundliche Energie

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, ein vernünftiges Wirtschaftswachstum, die Sicherheit der Arbeitsplätze, der Wohlstand aller hängen maßgeblich von einer ausreichenden, sicheren und kostengünstigen Energieversorgung ab.

Bei der Bewältigung dieser Aufgabe haben wir erhebliche Fortschritte erzielt:

- * Die Beschränkungen für Kohleeinfuhren sind weitgehend beseitigt worden.
- * In strukturschwachen Gebieten des Landes werden ca. 600 km neue Gasleitungen verlegt.

- * Der Fernwärmeausbau wird mit einem Investitionsvolumen von ca. 200 Millionen DM fortgesetzt. Damit bleibt Schleswig-Holstein auch in Zukunft das Flächenland mit der höchsten Anschlußdichte.
- * Das Strompreisgefälle gegenüber den anderen Bundesländern ist erheblich abgebaut worden.
- * Für die Verbesserung der Wärmedämmung und anderer heizenergiesparenden Maßnahmen hat die Landesregierung fast 50 Millionen DM an Beihilfen gezahlt. Durch die Förderung von Demonstrations- und Pilotvorhaben in der Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe und im Fremdenverkehr sind wichtige technologische Entwicklungen ausgelöst worden.

Die Lösung aus der starken Abhängigkeit vom Öl und das Einsparen von Energie wird auf der Grundlage des Energiesparprogramms der CDU-Landesregierung in den kommenden Jahren mit Nachdruck weiter verfolgt werden. Wir werden uns daher weiter dafür einsetzen, daß Bund und Länder sobald wie möglich ein neues Programm zur Förderung heizenergieeinsparender Maßnahmen insbesondere neuer Technologien aufstellen.

Zur langfristigen Sicherung einer preiswerten Energieversorgung ist die Kernenergie trotz aller Einsparerfolge und des Einsatzes vieler anderer Energiequellen, wie Kohle, Erdgas, Sonne und Wind, unverzichtbar. Die CDU in Schleswig-Holstein tritt in voller Übereinstimmung mit der Bundesregierung für die Fertigstellung der Kernkraftwerke in Krümmel und Brokdorf ein. Dabei wird auf strengste Sicherheitsvorkehrungen geachtet. Die Landes-SPD verstrickt sich mit ihrem "Ja" zu Krümmel und ihrem "Nein" zur Erteilung einer Betriebsgenehmigung für Brokdorf in einen unlösbaren Widerspruch.

6. Schiffbau und Schifffahrt

Schiffbau und Schifffahrt nehmen im Lande zwischen den Meeren eine Schlüsselstellung ein. Wir haben in den vergangenen Jahren durch den Einsatz ganz erheblicher Finanzmittel und Bürgschaften des Landes zu einer Stabilisierung der Beschäftigung und zu einer Modernisierung der Arbeitsplätze in Schiffbau, Schifffahrt und Häfen wesentlich beigetragen.

- * Die CDU-Landesregierung wird ihre bewährten Hilfen für Schiffbau, Schifffahrt und Häfen fortsetzen. Die Werften sollen die Möglichkeiten erhalten, durch Erweiterung der Produktionspalette Beschäftigungseinbrüchen im Schiffsneubau zu begegnen. Unser oberstes Ziel bleiben krisenfeste Arbeitsplätze.

* Der Bund muß den Belangen von Schiffbau und Schifffahrt im Norden die gleiche Bedeutung beimessen, wie den Interessen von Kohle und Stahl im Westen.

7. Humanes Wohnen

Eine angemessene Versorgung der Bürger mit Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für die Erhaltung des sozialen Friedens sowie für die Entfaltung der Persönlichkeit und der Familie. In den Städten und Gemeinden bewahren wir historisch gewachsene Ortsbilder und wertvolle Bausubstanz. Die Wohnungs- und Städtebaupolitik der CDU orientiert sich an den Wohnwünschen unserer Bürger.

Die CDU hat mit ihrer Politik erreicht, daß die Bürger Schleswig-Holsteins besser mit Wohnungen versorgt sind als in anderen Flächenländern. Die Landesregierung wird ein neues Vier-Jahres-Programm mit einem Umfang von ca. 16 000 Familienheimen, Miet- und Eigentumswohnungen für den sozialen Wohnungsbau vorlegen. Schwerpunkte in diesem Programm sind vor allem Wohnungen für kinderreiche Familien, Schwerbehinderte, ältere Menschen, Aussiedler und Studenten. Es ist notwendig, das Bauherrenmodell als eine geeignete und notwendige Maßnahme zur Schaffung eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes fortzusetzen. Wir treten durch eine aktive Bodenvorratspolitik dafür ein, daß Baugrundstücke zu tragbaren Preisen zur Verfügung stehen. Gegebenenfalls sollten auch Erbbaurechte eingeräumt werden. Unser vorrangiges Ziel bleibt es auch in Zukunft, möglichst vielen Bürgern den Erwerb von familiengerechten Eigenheimen und Eigentumswohnungen zu ermöglichen. Die von der neuen Bundesregierung vorgesehene steuerliche Berücksichtigung der Schuldzinsen beim Eigenheimbau ist ein wesentlicher Schritt in diese Richtung.

Die baurechtlichen Bestimmungen müssen wieder für den Bauwilligen durchschaubar werden. Die CDU-Landesregierung hat bereits dafür gesorgt, daß das Baugenehmigungsverfahren von entbehrlichen und bauhemmenden Bestimmungen befreit wurde. Die Anforderungen an die Erschließung von Baugelände sollten sich auf den Nutzungszweck beschränken.

Die neue Bundesregierung wird den Wohnungsbau mehr an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft ausrichten: Die starre Mietpreisgesetzgebung muß aufgelockert werden. Ein angemessener Mieterschutz muß gewährleistet bleiben. Soziale Härten müssen durch das Wohngeld aufgefangen werden.

8. Fremdenverkehrsland Schleswig-Holstein

Der Fremdenverkehr hat sich mit insgesamt 40 Millionen Übernachtungen jährlich zu einem starken Pfeiler der heimischen Wirtschaft entwickelt und beschäftigt heute über 30 000 Menschen. Die CDU-Landesregierung hat mit ihrer Fremdenverkehrspolitik zu diesem Erfolg entscheidend beigetragen.

Die CDU-Landesregierung hat in Übereinstimmung mit der Landesplanung und Raumordnung die Neuerrichtung, Erweiterung, Modernisierung und Rationalisierung von Fremdenverkehrsbetrieben und des Campinggewerbes mit nahezu 10 Millionen Übernachtungen gefördert. Sie wird diesen richtigen Weg fortsetzen.

Das Angebot an öffentlichen Fremdenverkehrseinrichtungen konnte mit finanzieller Hilfe des Landes verbessert und an die vielfältigen Ansprüche der Gäste angepaßt werden.

Die Chancen für zusätzliche Arbeitsplätze im schleswig-holsteinischen Fremdenverkehr werden wir nachhaltig nutzen.

Dabei wollen wir die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Fremdenverkehrsbetriebe sowie der Campingplätze stärken.

Hilfen bei der Qualitätsverbesserung des Fremdenverkehrsangebotes haben Vorrang vor der Schaffung weiterer Bettenkapazitäten.

9. Verkehr sicher und zügig

Die Straßenverhältnisse in Schleswig-Holstein wurden deutlich verbessert. Auch in Zukunft werden wir auf einen Ausgleich zwischen den Erfordernissen des Umweltschutzes und des Verkehrs sorgen und die Bürger an Planungsentscheidungen beteiligen.

Um unsere Landschaft zu schonen, hat die Unterhaltung des jetzigen Straßennetzes Vorrang vor dem Neu- und Ausbau von Verkehrswegen, der Ausbau hat Vorrang vor dem Neubau. Dennoch kann auf den Neubau von Straßen nicht in jedem Fall verzichtet werden. Wir wollen vor allem noch mehr Ortsumgehungen. Wir müssen Unfallschwerpunkte beseitigen und wollen die Sicherheit im inneren Ortsverkehr z.B. durch verkehrsberuhigende Maßnahmen weiter erhöhen. Gleichzeitig führen wir die Maßnahmen

für bessere und sichere Schulwege fort. Wir brauchen verkehrsgünstige Verbindungen für entfernte Landesteile, und wir werden die bundesweit erreichte Spitzenstellung bei Radwegen weiter ausbauen.

Die CDU tritt für einen bedarfsgerechten und finanzierbaren öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene und Straße ein. Streckenstilllegungen der Deutschen Bundesbahn sind nur vertretbar, wenn sie volkswirtschaftlich erforderlich sind. Gleichzeitig muß sichergestellt sein, daß Schüler-, Berufs- sowie der Versorgungsverkehr aufrecht erhalten wird und aufeinander abgestimmt ist.

Die CDU Schleswig-Holstein fordert eine Verkehrspolitik des Bundes, die die Küstenländer allgemein, Schleswig-Holstein aber insbesondere, bei seinen speziellen Aufgaben auch als Brückenland zu Skandinavien stärker berücksichtigt.

10. Wir wollen den informierten Verbraucher

Unsere soziale Marktwirtschaft soll dem Verbraucher dienen. Nur der informierte Verbraucher kann alle Chancen der sozialen Marktwirtschaft nutzen. Für die CDU sind eine umfassende Unterrichtung und ein angemessener Schutz der Verbraucher wichtige Schwerpunkte ihrer Politik.

Mit diesem Ziel wird die CDU in den kommenden Jahren

- * die Verbraucherinteressen bei allen Gesetzgebungsvorhaben auf Landes- und Bundesebene wahrnehmen,
- * weiterhin die Verbraucherberatung finanziell fördern,
- * die Beratung über gesunde und preiswerte Ernährung, über Energieeinsparung und über die Schonung unserer Umwelt gezielt unterstützen,
- * den Einsatz neuer Medien in der Verbraucherberatung befürworten.

11. Land- und Ernährungswirtschaft

Die Landwirtschaft und die eng mit ihr verbundene Ernährungswirtschaft prägen stärker als in allen anderen Bundesländern die schleswig-holsteinische Wirtschaft.

Land- und Ernährungswirtschaft sichern die Versorgung unserer Bevölkerung mit gesunden, qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln.

Die Landwirtschaft ist ein bedeutender Auftraggeber für die gewerblichen Betriebe im ländlichen Raum. Eine gepflegte Kultur- und Erholungslandschaft ist ohne ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft undenkbar.

12. Agrarpolitik für bäuerliche Familien

Mit Leistungswillen und Anpassungsbereitschaft haben die schleswig-holsteinischen Landwirte, ihre Familien und Mitarbeiter, sich eine Spitzenstellung in Europa erarbeitet.

Die CDU hat diese Entwicklung mit einer gezielten und vorausschauenden Agrarpolitik gefördert.

Die unzureichende Agrarpolitik auf EG-Ebene hat die Ertragslage unserer landwirtschaftlichen Betriebe erheblich verschlechtert. Davon ist die schleswig-holsteinische Landwirtschaft mit ihrer Marktferne besonders betroffen.

Für die CDU steht die Existenzsicherung gleichrangig neben der Förderung der Weiterentwicklung der Betriebe. Mit Erfolg hat die CDU das Existenzsicherungsprogramm für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft verwirklicht.

Die CDU will die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen der bäuerlichen Landwirtschaft als wichtigen Teil eines selbständigen und vom staatlichen Einfluß unabhängigen Mittelstandes erhalten. Leistungs- und Risikobereitschaft bäuerlicher Unternehmer sollen sich auch weiterhin lohnen.

Für die CDU ist es ein unverzichtbarer Grundwert ihrer Politik, daß die breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden erhalten bleibt.

Wir nehmen die Verpflichtung des von der CDU bestimmten Deutschen Landwirtschaftsgesetzes und des EG-Vertrages ernst. Die landwirtschaftlichen Unternehmer, ihre Familien und Mitarbeiter, sollen an der allgemeinen Einkommenspolitik über eine markt- und kostenorientierte Agrarpreispolitik teilnehmen.

Eigeninitiative fördern - Landesmaßnahmen fortführen

Die neue Bundesregierung hat die finanziellen Voraussetzungen geschaffen,

damit das umfassende Förderungsinstrument der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" wieder wirksam eingesetzt werden kann.

In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung unterstützen wir die unternehmerische Initiative des einzelnen Landwirts. Wir geben damit Hilfe zur Selbsthilfe in den Betrieben, die sich aus eigener Kraft nicht ausreichend weiterentwickeln können. So sichern wir Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Wir fordern eine Vereinfachung der EG-Bestimmungen und der bundeseinheitlichen Richtlinien für die einzelbetriebliche Investitionsförderung. Die CDU hat dies bei den Landesmaßnahmen beispielhaft verwirklicht.

Wir wollen die besonderen Landeshilfen für die Förderung baulicher Investitionen in bäuerlichen Betrieben als Schwerpunkte der Landesagrarpolitik weiterführen.

Die CDU setzt sich dafür ein, die Leistungsfähigkeit des Gartenbaus zu stärken. Baumschulen, Obst-, Gemüse- und Zierpflanzenbau sowie Garten- und Landschaftsbau haben besondere Bedeutung für die Wirtschaft des ländlichen Raumes und die Gestaltung einer lebensfreundlichen Umwelt.

13. Ernährungswirtschaft - Partner der Landwirtschaft

Als Partner der Landwirtschaft ist eine leistungsfähige standortgebundene Ernährungswirtschaft von großer Bedeutung für die Erhaltung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes. Wir wollen Initiativen und Maßnahmen fördern, die die Qualität der schleswig-holsteinischen Nahrungsmittel verbessern. Wir bauen die Absatzförderung im In- und Ausland mit dem Gütezeichen "Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein" aus. Wir verstärken die Lebens- und Futtermittelüberwachung.

14. Fischer und Fischwirtschaft gehören zu Schleswig-Holstein

Die CDU tritt für die Sicherung der Existenz unserer Fischer und der Fischwirtschaft ein.

Die schleswig-holsteinische Kutterfischerei ist unverschuldet in Not geraten. Der Bund darf sich seiner besonderen Verantwortung für diese Situation nicht entziehen.

Die CDU wird das Landesprogramm mit seinen gezielten Hilfen weiterführen und der Entwicklung anpassen. Damit sichern wir Tausende von Arbeitsplätzen in der Fischerei und in der Fischwirtschaft. Gleichzeitig gewährleisten wir damit die Versorgung unserer Bevölkerung mit Frischfisch.

Wir unterstützen die Forschungsvorhaben für die Fischzucht an der Nord- und Ostseeküste.

15. Forstwirtschaft

Für die CDU hat die Forstwirtschaft im waldärmsten Bundesland eine besondere Bedeutung. Der Wald bietet uns Schutz und Erholung. Es bleibt unser Ziel, seine wirtschaftliche Bedeutung zu sichern. Wir wollen den Waldanteil langfristig auf 12 Prozent ausweiten. Wegen der knappen finanziellen Mittel müssen wir dafür neue Wege der Finanzierung suchen.

Für die CDU hat die Förderung des privaten Waldbaues besonderen Rang.

16. Unsere Dörfer erhalten

Die Dörfer Schleswig-Holsteins gehören mit ihren vielfältigen Eigenarten zu den schönsten im Bundesgebiet. Sie müssen in ihrem Wesen erhalten bleiben. Damit wird verhindert, daß wertvolles Kulturgut verloren geht. Die CDU tritt deshalb mit Nachdruck für die Pflege und Weiterentwicklung unserer Dörfer ein. Wir wollen den Zusammenhalt alter und neuer Bürger der Dorfgemeinschaft stärken. Wir wollen unsere Dörfer nicht zu Museen machen, aber auch keine städtischen Strukturen auf das Land übertragen. Mit diesem Ziel wollen wir ein landeseigenes Programm zur Dorferneuerung durchführen und die Wettbewerbe "Unser Dorf soll schöner werden" auch in Zukunft fortsetzen.

17. Sicherheit an unseren Küsten

Die Sicherheit der Menschen an den Küsten, auf den Inseln und Halligen hat für die CDU Vorrang. Dabei muß unser Ziel bleiben, die Beeinträchtigungen der Natur durch Küstenschutzmaßnahmen so gering wie möglich zu halten.

Wir wollen den schleswig-holsteinischen Generalplan für den Küstenschutz so schnell wie möglich durchführen und erwarten dafür die uneingeschränkte Unterstützung des Bundes.

18. Raumordnung und Landesplanung

Ziel unserer Raumordnung ist es, in allen Teilen unseres Landes menschliche Siedlungsstrukturen in einer gesunden Umwelt zu bewahren oder gegebenenfalls wieder herzustellen. Unsere Bürger sollen in überschaubaren Gemeinden leben und in zumutbarer Entfernung an zentralen Orten ihre Arbeitsplätze, modernen Schulen, Sporthallen und Einkaufsmöglichkeiten vorfinden. Kleine und umweltunschädliche Betriebe können auch in kleinen Gemeinden Platz finden.

Unsere Landesplanung heißt, behutsame Pflege und sinnvolle Entwicklung gewachsener Strukturen in Stadt und Land.

II. In Schleswig-Holstein: Mehr gesunde Umwelt

Wir wissen: Diese Welt gehört uns nicht allein. Sie ist die uns anvertraute Schöpfung. In ihr wollen und sollen auch kommende Generationen leben. Gerade in einer Zeit des raschen technischen Fortschritts wollen wir erhalten, was uns anvertraut ist.

Die natürlichen Grundlagen - Boden, Luft und Wasser - sind begrenzt. Wir wollen sie mit aller Kraft erhalten.

In unserer Landschaft sind noch seltene Tiere und Pflanzen wie Weißstorch und Reiher, Fischotter und Seehund, Orchideen und Wasserlobelien zu Hause. Viele Tier- und Pflanzenarten, die in anderen Bundesländern ausgestorben oder in ihrem Bestand bedroht sind, leben hier teilweise sogar in großer Anzahl. Dies soll auch in Zukunft so bleiben.

Ohne eine rechtzeitig vorsorgende Umweltpolitik wäre dies nicht erreichbar gewesen. Schleswig-Holstein hat als erstes Bundesland schon 1973 durch ein fortschrittliches Landschaftspflegegesetz die Grundlagen für den umfassenden Schutz der Landschaft geschaffen. Wir haben dieses Gesetz weiter verbessert.

Großflächige Landschaftsteile wie das nordfriesische Wattenmeer wurden frühzeitig unter Naturschutz gestellt.

Ohne die Arbeit der privaten Naturschutzvereine sähe in unserer Landschaft vieles schlechter aus. Jäger und Sportfischer leisten über Hege und Pflege der Natur einen wertvollen Beitrag. Ihre Arbeit verdient deshalb Anerkennung und Unterstützung.

Die CDU wird ihre erfolgreiche Politik für den Umweltschutz zielstrebig fortsetzen.

Die Bilanz spricht für die CDU.

Grundsätze der Umweltpolitik der CDU

- * Ökologie und Ökonomie sind keine unüberbrückbaren Gegensätze, sondern zwei tragende Elemente der menschlichen Existenz.
- * Belastende Eingriffe in die Umwelt müssen möglichst unterbleiben. Wenn sie zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft unvermeidbar sind,

müssen sie nach dem Verursacherprinzip ausgeglichen werden.

- * Vorbeugen ist besser und billiger als heilen.
- * Nur eine leistungsfähige Wirtschaft setzt uns in den Stand, unsere Umwelt zu verbessern.

19. Auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege

wird die CDU sich dafür einsetzen, daß

- * die vielfältigen Planungen und Maßnahmen in einem "Landesprogramm Naturschutz" im Zusammenhang dargestellt und weiterentwickelt werden,
- * Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung der Naturschutzgebiete fortgesetzt und weitere großräumige Naturschutzgebiete ausgewiesen werden,
- * die Hochmoore durch geeignete Maßnahmen wieder ihre typische Vegetation erhalten,
- * ein Artenschutzprogramm für das Land Schleswig-Holstein erarbeitet und Artenschutzprojekte für die im Bestand bedrohten Tier- und Pflanzenarten durchgeführt werden,
- * die Möglichkeiten für einen Nationalpark im Bereich des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres geprüft werden.

Die CDU betreibt Landschaftspflege nach den Grundsätzen:

- * Die Fruchtbarkeit unserer Böden durch einen sinnvollen Einsatz von Mineraldünger und Pflanzenschutz nachhaltig zu sichern, damit die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln gewährleistet bleibt.
- * In der Kulturlandschaft ein Netz naturnaher Landschaftsbestandteile zu erhalten oder zu schaffen, damit der gesamte Landschaftsraum ökologisch ausgeglichen bleibt.

20. Saubere Gewässer

sind in Schleswig-Holstein die Grundlage einer sauberen Landschaft. Ausführliche Generalpläne für Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung und Binnengewässer sind die Richtschnur unserer Politik für sauberes Wasser.

Auch diese Planungen wurden überwiegend zu einer Zeit erarbeitet, als über Umweltschutz noch wenig geredet wurde.

Die Bilanz spricht für die CDU

- * Zahlreiche Klärwerke ermöglichen, daß heute in vielen früher verschmutzten und sauerstoffarmen Gewässern empfindliche Fischarten leben können.
- * Chemische Reinigungsstufen haben das Wasser wieder gesund gemacht.
- * Die schleswig-holsteinischen Seen und Fließgewässer werden regelmäßig auf ihre Wasserqualität untersucht, um geeignete Sanierungsmaßnahmen einleiten zu können.

Die Sauberkeit unserer Gewässer ist das Ziel der CDU

Wir wollen

- * bestehende Kläranlagen mit einer weitergehenden Abwasserbehandlung, wie z.B. chemischer Ausfällung von Schadstoffen, versehen und neue Anlagen bauen,
- * die Faulschlammablagerung besonders belasteter Gewässer beseitigen,
- * neue biologisch-technische Klärverfahren, wie z.B. die Wurzelraumtensorgung, praktisch erproben,
- * die naturnahe Unterhaltung und Pflege unserer Fließgewässer im ganzen Land durchsetzen.

Die CDU verfolgt die Maßnahmen des Gewässerschutzes nach den Grundsätzen:

- * das Wasser als Lebensgrundlage des Menschen frei zu halten von gesundheitsschädigenden Schadstoffen,
- * das Wasser als Lebenselement für die Tier- und Pflanzenwelt zu sichern,
- * die Wasserflächen als Bestandteil unserer Landschaft naturnah zu erhalten.

Die Elbe, die Nordsee und Ostsee

Die Elbe ist durch die Verunreinigungen mehrerer Anlieger ein Sorgenkind geworden. Sie wird durch die Industrie der CSSR und der DDR mit erheblichen Schadstoffen belastet. Beim Durchfließen von Hamburger Staatsgebiet erhält sie eine zusätzliche Schmutzfracht aufgeladen. Durch modernste Klärtechnik gelangen von Schleswig-Holstein aus nur unbedeutende Schadstoffmengen in die Elbe. Wir werden uns bemühen, auch diese Be-

lastung weiter abzubauen. Die CDU fordert mit Nachdruck, daß

- * die anderen Elbanlieger ebenso strenge Wasservorschriften wie Schleswig-Holstein durchsetzen,
- * der Bund unverzüglich in Verhandlungen mit der DDR und der CSSR eintritt, um auch dort eine Verringerung der Schadstoffbelastung für die Elbe zu erreichen.

Die Selbstreinigungskräfte von Nord- und Ostsee sind durch Schadstoffbelastungen aus Flüssen und Direkteinleitungen ungereinigter Abwässer stark gefährdet.

Die CDU wird mit allen Kräften dafür eintreten, daß alle Anrainer so wie Schleswig-Holstein ihre Abwässer gereinigt in Nord- und Ostsee einleiten und keine Schadstoffe ins Meer mehr verklappen.

21. Ölunfälle

Einen absoluten Schutz vor Ölunfällen gibt es nach dem heutigen Stand der Technik nicht. Die norddeutschen Küstenländer haben in einem gemeinsam entwickelten Ölbekämpfungssystem Maßnahmen getroffen, um Schäden nach einem Ölunfall so gering wie möglich zu halten. Darüber hinaus hat die schleswig-holsteinische Landesregierung in eigener Zuständigkeit zum Schutz der schleswig-holsteinischen Küsten Mittel für die Beschaffung des erforderlichen Geräts zur Verfügung gestellt; sie unterstützt weitreichende Initiativen der EG.

22. Luftreinhaltung

Reine Luft über Schleswig-Holstein sichert gesunde Lebensbedingungen in unserem Land. Die CDU will die gute Luftqualität erhalten und weiter verbessern. Sie unterstützt alle Maßnahmen zur Weiterentwicklung des lufthygienischen Überwachungsnetzes, das den Schadstoffgehalt der Luft in Schleswig-Holstein rund um die Uhr kontrolliert. Die CDU will die Luftschadstoffe vorrangig an der Quelle bekämpfen. Sie wird eine strengere Fassung der Vorschriften über Luftreinhaltung und Großfeuerungsanlagen veranlassen. Dazu gehören vor allem der verstärkte Einsatz schadstoff-, insbesondere schwefelarmer Brennstoffe, die Rauchgasreinigung, die Verbesserung der Energieausnutzung und die Verringerung von Kraftfahrzeugimmissionen. Die Landesregierung hat nach Verhandlungen mit den Betreibern der drei großen Kohlekraftwerke erreicht, daß die bisherigen Schadstoffimmissionen durch Verwendung neuer Technologien vermindert werden.

Die CDU verfolgt die Maßnahmen der Luftreinhaltung nach dem Grundsatz, durch gezielte Kontrollen und strenge Auflagen die Entstehung von Belastungsgebieten zu vermeiden. Auch neue Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein und den Nachbarländern müssen diese Bedingungen erfüllen.

23. Abfallbeseitigung

Bei der Abfallbeseitigung spricht die Bilanz für die CDU:

Unsere Landschaft ist sauber, der Abfall wird überall geordnet beseitigt.

Die CDU wird auch weiterhin nach dem Grundsatz handeln: "Deponien sind gut, Abfallverwertung ist besser".

Die CDU wird deshalb:

- * die Weiterverwertung von Abfallstoffen fortentwickeln,
- * die Möglichkeiten zur Verwertung und Beseitigung von Stoffen aus Öl-, Benzin- und Fettabscheidern verbessern,
- * verstärkt über häusliche Problemabfälle aufklären und auf die Verringerung der Schadstoffe in Siedlungsabfällen hinwirken,
- * für Modellanlagen eintreten, in denen aus Klärschlamm und Abfall Energie gewonnen wird.

24. Strahlenschutz

Die CDU hält den Strahlenschutz für eine wichtige arbeitsschutz- und umweltpolitische Aufgabe. Sie fördert auch künftig alle Maßnahmen zur Verringerung der Strahlenbelastung durch Medizin, Technik und Wissenschaft.

Beim Bau und Betrieb von Kraftwerken hat der Schutz des Menschen und seiner Umwelt für die CDU Vorrang vor der Wirtschaftlichkeit. Wir halten das moderne Fernüberwachungssystem für Kernkraftwerke für ein wirksames Instrument der atomrechtlichen Aufsicht und der staatlichen Notfallschutzplanung. Die CDU fordert, daß alle in unserem Lande gelegenen Kernkraftwerke vor ihrer Inbetriebnahme an dieses Überwachungsnetz angeschlossen werden.

25. Lärmbekämpfung

Lärmschutz ist in allen Lebensbereichen, besonders aber am Arbeitsplatz, von besonderer Bedeutung. Er muß nach dem Vorsorgeprinzip in den Konstruktions- und Planungsbüros beginnen. Lärmschutz muß wichtiger Bestandteil jeder Verkehrs- und Bauleitplanung sein.

Unser Ziel ist es, die Entwicklung geräuscharmerer Fahrzeuge, Maschinen und Betriebsanlagen zu fördern.

III. Mit unserer Jugend: "Gemeinsam für eine menschlichere Zukunft"

Die CDU kämpft mit der Jugend für eine menschlichere Zukunft. Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, Geborgenheit und menschliche Wärme in der Familie, Hilfsbereitschaft gegenüber dem Nächsten, überschaubare Lebensräume und eine lebenswerte Umwelt sind die Kernziele unserer Politik.

Die große Mehrheit der jungen Menschen bekennt sich zu den Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, zur Familie, zur Leistung und zur sozialen Mitverantwortung. Es ist aber besorgniserregend, daß Teile der jungen Generation Vorbehalte gegenüber tragenden Einrichtungen unseres Staates und unserer Gesellschaft haben. Viele Jugendliche empfinden unseren Staat als menschenfernes, übermächtiges Gebilde, vermissen Wertbezogenheit und Sinnhaftigkeit der Politik. Sie fühlen sich durch Bürokratie und Reglementierung in vielen Lebensbereichen bedrängt und bei der Durchsetzung und Gestaltung ihrer Vorstellungen und Ideen behindert.

Die CDU betrachtet die Fragen und Probleme der jungen Menschen als Herausforderung. Sie wird ihre Politik für Jugendliche verständlicher darstellen.

Wir wollen

- * Antworten zur Sicherung der beruflichen Zukunftschancen der Jugend geben,
- * die Glaubwürdigkeit des Staates und seiner Organe stärken sowie die Politik verständlicher und nachprüfbarer gestalten,
- * programmatische Grundsatzpositionen und moralische Werte stärker im politischen Alltag sichtbar machen,
- * die Tatkraft und Mitarbeit junger Menschen zur Weiterentwicklung unseres freiheitlichen und sozialen Gemeinwesens fördern, ihnen vermehrte Möglichkeiten zur Mitgestaltung, Mitbestimmung sowie Mitverantwortung einräumen.

Wir sprechen offen mit der Jugend, wir werden zuhören und auf ihre Vorstellungen eingehen.

26. Bildung und Jugend

Unser Bildungswesen ist in den letzten Jahren erfolgreich aufgebaut worden. Die äußeren Bedingungen für eine gute Bildung wurden spürbar verbessert. Dazu gehört insbesondere die Schaffung kleinerer Klassen.

Deutlicher als bisher müssen wir uns jetzt den Inhalten von Bildung und Erziehung zuwenden. Unsere Lehrer können sich wieder mehr den pädagogischen Aufgaben im Schulalltag widmen.

Unser Bildungswesen baut auf bewährten und festen Grundlagen auf. Es wird damit dem einzelnen Menschen, seinen unterschiedlichen Fähigkeiten und dem Zusammenleben aller gerecht.

Unsere Schule soll kindgerecht und menschlich sein. Sie soll in ihrer Größe überschaubar sein, die Freude am Zusammenleben und an der Leistung für die Gemeinschaft fördern. Die bestehenden Schulstandorte sollen erhalten bleiben. Bewährte Grundsätze der Erziehung und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Eltern, Lehrern und Schülern bestimmen das Leben in der Schule.

Unterschiedliche Veranlagungen und Neigungen junger Menschen sowie die Anforderungen der modernen Gesellschaft erfordern ein entsprechend gegliedertes, allgemeinbildendes und berufsbildendes Schulwesen.

Grundschule, Hauptschule, Sonderschule, Realschule, Gymnasium und Berufsschule stehen in ihrer Arbeit gleichwertig nebeneinander. Sie sind sachgerecht aufeinander bezogen und in ihren Bildungsgängen durchlässig. Jede Schulart muß einen geachteten Platz im Bildungswesen einnehmen. Die CDU bekennt sich zu einer Beibehaltung der Schulpflicht im jetzigen Umfang. Eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit lehnen wir ab.

Jeder Jugendliche kann innerhalb des allgemeinbildenden und beruflichen Schulwesens jeden Schulabschluß erreichen, der seiner Begabung und seinem Leistungswillen entspricht.

Vom gegliederten Bildungswesen abweichende Schulformen müssen in den Leistungsanforderungen und bei den Abschlüssen den gegliederten Schulen gleichwertig sein.

Bildung und Erziehung müssen sich in Lehrplänen, Lehrbüchern und im Unterricht an den nachfolgenden Grundsätzen ausrichten:

- * Jungen Menschen sollen jene Werte und Normen vermittelt werden, die für das Zusammenleben und für unseren Staat grundlegend sind. Dazu gehört insbesondere die Toleranz gegenüber den Meinungen Andersdenkender.
- * Schüler sollen in allen Schularten lernen, Lesen, Schreiben und Rechnen sicher zu beherrschen sowie das Denk- und Lernvermögen und das Gedächtnis zu schulen.

- * Schule muß Grundwissen vermitteln über unsere Kultur und Geschichte, über die Naturwissenschaften und die Technik, über die soziale Marktwirtschaft, den Aufbau und die Rechtsgrundlagen unseres Staates und über die Grundfragen der deutschen Nation.
- * Bildung und Erziehung müssen den Schüler als ganze Persönlichkeit fördern. Dazu gehört der Wille und die Befähigung, Leistung zu erbringen, Verantwortung zu übernehmen und als verantwortlicher Staatsbürger zu handeln.

In der Grundschule sollen die Schüler vor allem Schreiben, Lesen und Rechnen lernen. Der Unterricht in der Grundschule geht von der heimatischen Umwelt des Kindes aus und erschließt von daher in weiterführenden Schulen größere Zusammenhänge.

Die Hauptschule soll den Schülern praktische Lebenshilfe und eine Vorbereitung auf eine Berufsausbildung geben sowie durch Üben und Wiederholen Sicherheit vermitteln. Für den leistungsfähigen Hauptschüler müssen alle weiterführenden Schulabschlüsse erreichbar sein sowie der Zugang zu einer wesentlich größeren Zahl von Berufen eröffnet werden.

Die Realschule soll die Schüler durch gründliches Lernen und sachbezogene Argumentation auf Ausbildungsberufe mit höheren Anforderungen vorbereiten. Dem leistungsfähigen Realschüler muß der Weg in das Fachgymnasium oder die Oberstufe offenstehen.

Das Gymnasium muß in seiner eigenständigen und anerkannten Aufgabe unterstützt werden, Schülern eine breite Allgemeinbildung zu vermitteln und sie zur allgemeinen Hochschulreife und zu Berufen mit hohen Anforderungen zu führen. Die CDU bekennt sich zur Einheit des Gymnasiums und zum Abitur als allgemeine Hochschulreife. Sie lehnt selbständige Teile eines Gymnasiums an einzelnen Schulstandorten ab.

Die Sonderschulen sind vielgestaltig zu erhalten, um Behinderungen zu mildern und den Kindern zu helfen, mit Selbstvertrauen am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

In allen Schularten können einzelne Schulen besondere fachliche und pädagogische Aufträge erhalten zur Weiterentwicklung von Unterricht und Erziehung.

Bei der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung muß das Zusammenwirken zwischen Hochschule und Schule verbessert werden.

Konkrete Fragen des Schulalltags sowie der Wirtschafts- und Arbeitswelt müssen stärker in die Aus- und Fortbildung einbezogen werden.

Die Mitverantwortung des Schülers und das demokratische Verhalten sollen in der Schule frühzeitig erlernt und erprobt werden.

Die Arbeit der Schülervertretung, unterschiedliche Schülergruppen und Schülerzeitungen wollen wir noch stärker verbessern.

Wir wollen keine politisierte Schule, sondern den politisch mündigen jungen Menschen.

Die Mitverantwortung der Eltern ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche pädagogische Arbeit. Deshalb werden die Eltern über ihre Möglichkeiten der Mitwirkung informiert und die Elternvertreter in ihrer Arbeit gefördert.

Lehre und Forschung in den Hochschulen sind nicht nur die Grundlage des kulturellen und sozialen Wohlstandes von heute und morgen, sie sind wesentliche Voraussetzung für die Zukunft.

Wir bekennen uns daher zu einer Hochschule, die

- * Freiheit in Forschung, Lehre und Studium in einem rechtsstaatlichen Rahmen gewährleistet,
- * eine leistungsorientierte wissenschaftliche Bildung und Ausbildung vermittelt,
- * eine leistungsfähige Selbstverwaltung besitzt, in der Kompetenzen und Verantwortung klar bestimmt sind,
- * die äußeren Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler und Studenten sichert und
- * die bereitgestellten öffentlichen Mittel wirtschaftlich verwendet.

Die von der CDU geführte Landesregierung hat die Hochschulen in Kiel, Lübeck und Flensburg, an denen zur Zeit 20 000 junge Menschen studieren, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Hochschulbau" systematisch ausgebaut. Die alte Bundesregierung hat durch die drastische Kürzung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe diese Entwicklung empfindlich gestört. Gleichwohl haben wir den funktionsgerechten Ausbau der Hochschulstandorte Kiel, Lübeck und Flensburg kontinuierlich fortgesetzt und werden hierfür auch

in den kommenden Jahren verstärkt Landesmittel einsetzen. Unsere neue Bundesregierung hat eine erhebliche Aufstockung der Mittel für den Hochschulbau vorgesehen.

Wir werden darüber hinaus für die Zeit der geburtenstarken Abiturjahrgänge Überlastmittel bereitstellen, um in besonders belasteten Studiengängen mit günstigen Berufschancen zusätzliche Studienplätze zu schaffen.

Die Studienreform soll nicht nur zu einer Verkürzung des Studiums führen, sondern auch eine bessere Verbindung von Studium und beruflicher Praxis ermöglichen. Die ständige Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik und die veränderten beruflichen Chancen für Akademiker machen es nötig, die Studieninhalte so zu verändern, daß die Hochschulabsolventen ein breiteres berufliches Einsatzfeld finden.

Die Forschung schafft die Voraussetzungen für die Bewältigung wichtiger Probleme unserer Gesellschaft. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Rahmenbedingungen für die Forschung an Hochschulen, anderen Einrichtungen und in der Wirtschaft zu verbessern. Die weitere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses muß auch in Zeiten der Finanzknappheit als eine Investition in unsere Zukunft fortgesetzt werden.

Die Erwachsenenbildung nimmt zusammen mit dem Büchereiwesen eine hervorragende Stellung in unserer Bildungspolitik ein. Heute sind wegen der durch technischen Fortschritt veränderten Arbeitswelt und der hohen Arbeitslosigkeit viele Menschen darauf angewiesen, sich fortzubilden. Notwendige Bildungsabschlüsse verbessern die beruflichen Chancen. Die Bildungsstätten und Volkshochschulen unseres Landes haben die Aufgabe erfüllt, die Benachteiligung des ländlichen Raumes bei der Erwachsenenbildung auszugleichen. Die CDU wird Erwachsenenbildung als unverzichtbaren Bestandteil ihrer Bildungspolitik weiterhin nachhaltig fördern.

Sie will auch die Bildungsmöglichkeiten für unsere Senioren und Rentner weiter ausbauen.

27. Die beruflichen Zukunftschancen für unsere Jugend sichern

Die Sicherung der beruflichen Zukunftschancen der jungen Generation ist für die CDU ein zentrales Thema der nächsten Jahre.

Die Jugend hat ein Recht auf eine berufliche Zukunftsperspektive. Der erste Schritt zu Beginn des Erwachsenenlebens darf nicht mit Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit beginnen, denn Enttäuschung führt zu Verbitterung, Resignation und Ablehnung gegenüber Staat und Gesellschaft. Ausbildung muß jedem Jugendlichen helfen, seine Fähigkeiten zu entfalten und sich durch Leistungen zu bewähren. Jugendliche ohne Ausbildung werden in Zukunft mehr als bisher von Arbeitslosigkeit bedroht.

Die CDU hält am dualen System der Berufsausbildung fest. Die Partnerschaft zwischen Betrieb und Schule, die enge Verknüpfung von Praxis und Theorie sind die beste Grundlage für ein erfolgreiches Berufsleben.

Obwohl in Schleswig-Holstein der Anteil der 15 - 20jährigen jungen Menschen überdurchschnittlich hoch liegt - Schleswig-Holstein 13,3 v.H., Bund 10,1 v. H. - konnte die Nachfrage an Ausbildungsplätzen bisher weitgehend befriedigt werden.

Und hier unsere Leistungen:

- * In der Zunahme der Ausbildungsplätze hat Schleswig-Holstein eine Spitzenstellung im Bundesgebiet. Wir haben die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze von 18 000 auf 28 000 erhöht. Seit 1975/76 konnten die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im dualen System um 50,7 Prozent gesteigert werden. Der Vergleichswert für das Bundesgebiet beträgt 30,7 Prozent.
- * In den letzten vier Jahren konnten die Plätze in berufsvorbereitenden Maßnahmen und beruflichen Schulen von 15 618 auf 24 154 gesteigert werden.
- * Im Jahr 1982 hat die von der CDU getragene Landesregierung noch weitere 1 800 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.

Die CDU wird trotz der angespannten Finanzlage alle Anstrengungen unternehmen, damit jedem ausbildungswilligen Jugendlichen auch in Zukunft ein Ausbildungsplatz angeboten werden kann.

Wir werden in Arbeitsamtsbezirken, in denen nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, weitere berufliche Bildungsangebote, insbesondere im kaufmännischen und im gewerblich-technischen Bereich, eröffnen.

Wir erkennen die große Leistung der ausbildenden Betriebe in den letzten Jahren an und fordern die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung des Landes auf, weiterhin über den augenblicklichen Bedarf hinaus junge Menschen auszubilden.

Wir werden den eigenständigen Wert der beruflichen Bildung neben der akademischen Bildung stärker betonen; eine falsche Bildungspolitik hat zu einem Überangebot von Akademikern und zu einem Mangel an Facharbeitern geführt. Die Berufswünsche vieler Jugendlicher konzentrieren sich auf wenige Modeberufe. Andere Berufe mit zum Teil erheblich besseren Zukunftschancen stoßen auf wenig Interesse. Wir wollen daher die möglichst frühzeitige Berufserkundung an Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien ausbauen.

Wir wollen

- * die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung,
- * Akademikerarbeitslosigkeit verhindern durch attraktive Alternativen zum Hochschulstudium,
- * das Bildungswesen durch eine stärkere Ausrichtung an der beruflichen Praxis anpassungsfähiger gegenüber Veränderungen in der Arbeitswelt machen,
- * einen stärkeren Praxisbezug in allen Bildungsgängen schaffen und überflüssige Verwissenschaftlichung und Theorie abbauen,
- * die Beseitigung ausbildungshemmender Vorschriften, damit mehr Betriebe wieder ausbilden,
- * den weiteren Ausbau der Ausbildungs- und Berufsberatung, um dem Einzelnen sachgerechte und zutreffende Maßstäbe für seine berufliche Entscheidung zu liefern.

Die CDU wird im Zusammenwirken mit den Beteiligten im Rahmen der engensten Haushaltsmittel

- * für weitere Berufe in Schleswig-Holstein schrittweise einen zweiten Berufsschultag einführen,
- * das Berufsgrundbildungsjahr als erstes Jahr der Ausbildung schrittweise ausbauen,
- * benachteiligte Jugendliche weiterhin verstärkt fördern,
- * besondere Maßnahmen für jugendliche Arbeitslose ergreifen.

Die CDU unterstützt Maßnahmen, um weiteren Gruppen der Bevölkerung ohne Nachteile im Beruf die Teilnahme an Veranstaltungen der beruflichen und politischen Weiterbildung zu ermöglichen. Sie tritt für eine bundeseinheitliche Regelung des Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer ein.

28. Jugend

Eine glaubhafte und erfolgreiche Jugendpolitik, die sich am einzelnen Jugendlichen, seiner Würde, seiner Freiheit, seinen Fähigkeiten und seinen Bedürfnissen orientiert, ist die Voraussetzung dafür, die Jugend für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung zu gewinnen.

Tragende Pfeiler der Jugendpolitik der CDU sind Freiwilligkeit, Vielfalt, Eigenverantwortung und Vorrang der freien Initiative gegenüber staatlichem Handeln. Die von der SPD immer wieder geforderten Pläne zur staatlichen Steuerung der Jugendpolitik lehnen wir ab, da sie zur Bevormundung der Jugendlichen führen. Die CDU tritt für eine wertorientierte Jugendpolitik ein. Jugendpolitik, die sich gegen unsere Verfassung richtet, ist nicht förderungswürdig.

Dialog mit der Jugend verstärken

Wir wollen, daß junge Menschen von ihrer Freiheit zur Äußerung der eigenen Meinung sowie zur kritischen Einflußnahme auf Staat und Gesellschaft stärker Gebrauch machen. Die CDU hat deshalb durch Jugendforen, Jugendkonferenzen und Gespräche den Dialog mit der Jugend eingeleitet, um ihre Ideen, Vorstellungen und Forderungen in die Politik einfließen zu lassen. Die unionsgeführte Landesregierung hat ein Lexikon für junge Menschen und Jugendinformationsdienste herausgegeben und führt Jugendkulturfeste durch. Wir werden den Dialog mit der Jugend in der Zukunft offensiv fortsetzen, da unsere Demokratie die Tatkraft, Mitarbeit und Teilnahme der jungen Menschen benötigt. Konflikte müssen vertrauensvoll, partnerschaftlich, tolerant und ergebnisoffen miteinander ausgetragen und gelöst werden.

Offene und verbandsbezogene Jugendarbeit

Die offene und verbandsbezogene Jugendarbeit sind keine Konkurrenz, sondern ergänzen sich. Die Jugendarbeit in Verbänden und Vereinen muß auch weiterhin Vorrang vor gleichartiger Jugendarbeit des Staates genießen.

Der Jugendverbandsarbeit kommt eine besondere Bedeutung zu, junge Menschen vor Vereinsamung und Isolierung zu bewahren und ihnen Geborgenheit, Gemeinschaft, Orientierung, Verantwortung sowie Bindung zu vermitteln und ein sinnvolles Freizeitangebot zu unterbreiten. Die Jugendarbeit freier Träger hat Vorrang vor staatlicher Jugendarbeit. Ein wesentliches Ziel der offenen Jugendarbeit sollte es sein, neben den beständigen Freizeitangeboten eine Hinführung der Jugendlichen zur Verbandsarbeit zu bewirken. Verstärkt gefördert werden sollen solche Vereine, die neben der Verbandsjugendarbeit auch Freizeitangebote im Bereich der offenen Jugendarbeit unterbreiten.

Darüber hinaus bedürfen die Jugenderholungsmaßnahmen weiterhin der besonderen öffentlichen Förderung, da sie Kinder und Jugendliche befähigen, in der Gemeinschaft zu leben.

Jugendbegegnungsstätten und Jugendräume

Ein unverzichtbarer Bestandteil des Freizeitangebotes an Jugendliche bilden Jugendbegegnungsstätten bzw. Jugendräume. Mit 216 Einrichtungen im Bereich der Häuser der Jugend wurde praktisch ein flächendeckendes Netz geschaffen. Wir werden auch in Zukunft diese Einrichtungen, insbesondere in weniger dicht besiedelten Gebieten, sowie den Einsatz von örtlichen, auch ehrenamtlichen Jugendpflegern, angemessen fördern. Jugendbegegnungsstätten und Jugendräume sollten gleichzeitig Stätten außerschulischer Jugendbildung sein. Bei der organisatorischen und inhaltlichen Gestaltung dieser Einrichtungen sollen Jugendliche mitbestimmen können.

Neue Wege erproben

Immer mehr junge Menschen werden - abgesehen vom sportlichen Bereich - von der herkömmlichen Jugendverbandsarbeit und von der offenen Jugendarbeit nicht erreicht. Dieser Tatbestand zwingt zu neuen Überlegungen in allen Bereichen der Jugendarbeit.

Notwendig ist die Unterstützung und Anregung von Maßnahmen freier Träger zur Betreuung von jugendlichen Arbeitslosen und ausländischen Jugendlichen.

Um flexibel und unbürokratisch neue Erscheinungsformen der Jugendarbeit zu fordern, soll nach dem Vorbild in den Bereichen Sport und Familie eine Jugendstiftung für das Land Schleswig-Holstein errichtet werden.

Maßnahmen im Vorfeld der Heimerziehung

Im Bereich der Jugendpflege und Jugendfürsorge wollen wir die Politik der Verstärkung der Maßnahmen im Vorfeld der Heimerziehung fortsetzen. Dabei ist eine Entlastung der in der Jugendpflege tätigen Personen von Verwaltungsarbeit anzustreben. Es wurde bereits erreicht, daß die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die einer Heimerziehung bedürfen, erheblich zurückgegangen ist.

Heimerziehung bedeutet Trennung von Familie und Umwelt. Eine Heimeinweisung soll nur dort vorgenommen werden, wo andere Wege keinen Erfolg mehr versprechen. Deshalb fördern wir auch in Zukunft die Erziehungsberatungsstellen, die hauptamtlichen Erziehungsbeistände, die Pflegefamilien sowie neue Wege zur Vermeidung der Heimerziehung.

Die Landesjugendheime und Heime freier Träger sollen weiter im Interesse der Kinder und Jugendlichen, bei denen eine Heimerziehung unvermeidlich ist, nach modernen sozial- und heilpädagogischen Gesichtspunkten ausgebaut werden.

Jugendkriminalität, Alkohol- und Drogenabhängigkeit sind Problemfelder im Jugendbereich, die verstärkte vorbeugende Anstrengungen und neue Überlegungen erforderlich machen. Zukünftig muß noch mehr als bisher darauf geachtet werden, daß wirkliche Hilfe nur diejenige ist, die bei den eigentlichen Ursachen ansetzt und zur Selbsthilfe ermutigt. Beratung und Aufklärung im Elternhaus und in der Schule sowie soziale Hilfe und Therapie müssen verstärkt werden. Das Verbot des Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenverkaufs an Jugendliche muß verbesserten Kontrollen unterzogen werden.

29. Sport

Sport wird immer mehr zur liebsten Freizeitbeschäftigung unserer Bevölkerung, vor allem unserer jungen Menschen. In Schleswig-Holstein hat sich die Mitgliederzahl in den Sportvereinen in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Jeder vierte Einwohner unseres Landes gehört heute einem Sportverein an. Allein die Sportjugend zählt mehr Mitglieder als alle anderen Jugendverbände im Lande zusammen.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports geht über den eigentlichen sportlichen Bereich weit hinaus. Sportliche Betätigung stärkt unsere körperliche und seelische Gesunderhaltung. Sie fördert darüber hinaus Selbstbewußtsein und Selbstdisziplin und trägt schließlich zur Freizeiterfüllung bei. Der freie Sport ist zu einer tragenden Säule in unserer freiheitlichen Ordnung geworden. In vielen Gemeinden sind die Sportvereine ein gesellschaftlicher Mittelpunkt.

Schleswig-Holstein ist ein Musterland der Sportförderung. Die Zusammenarbeit zwischen Sport und Politik in unserem Lande gilt bundesweit als vorbildlich. Die finanzielle und ideelle Förderung des freien Sports wollen wir fortsetzen.

Sport ist als Bestandteil des Schulunterrichts unverzichtbar. Alle Schüler des allgemeinbildenden Schulwesens sollen drei Stunden Sportunterricht in der Woche erhalten. Der Sport soll auch fester Bestandteil des Unterrichts für alle Berufsschüler werden, die mehr als acht Stunden Unterricht in der Woche haben.

IV. Unsere Verantwortung: Verständnis und Hilfe füreinander

Unsere soziale Verantwortung ist in der Würde, Freiheit und Einzigartigkeit des Menschen begründet.

In einer Zeit anhaltender Wirtschafts- und Finanzprobleme müssen wir alle umdenken und wieder erkennen, daß Solidarität im christlichen Sinne Verzicht auf eigene Interessen und Bereitschaft zum Opfer einschließt.

Ein wesentliches Element unserer Politik, besonders unserer Sozialpolitik, ist der Grundsatz der Subsidiarität. Subsidiarität heißt Vorrang für die jeweils kleinere Gemeinschaft. Der Staat hat kein Recht, zu handeln oder einzugreifen, solange der Bürger, die Familie, die sozialen Verbände selber imstande sind, die Aufgaben zu erfüllen. Jeder ist aufgerufen, sich wieder etwas zuzutrauen und nicht nur auf den Staat zu warten. Wir brauchen noch mehr freiwilligen Einsatz für die Gemeinschaft. Das ehrenamtliche Engagement vieler Bürger verdient Anerkennung und Ermutigung.

Gerade junge Menschen können in unserer Sozialpolitik die Tugenden des Alltags, die Hilfsbereitschaft, Verlässlichkeit und Bewährung finden. Die CDU-Sozialpolitik unterstützt und fördert alle Bürgerinitiativen, die sich hilfsbedürftiger Bürger annehmen. Wir wissen, daß vielen Menschen heute Nähe und Wärme fehlen. Mütter und Kinder suchen vielfach Zuflucht in Frauenhäusern, beim Kinderschutzbund und in Familienverbänden. Wir wollen diese Institutionen weiter unterstützen. Deshalb ist unsere Sozialpolitik eine Politik für den Nächsten.

30. Familie

Die Familie ist die natürliche Gemeinschaft, in der Kinder, Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen in einer persönlichen Bindung zusammenleben. Sie ist die Keimzelle unseres Staates. Sie braucht für ihr Wirken einen Freiraum, den der Staat schützen muß, in den er sich aber nicht einmischen darf. Die CDU lehnt entschieden alle Versuche der SPD ab, den staatlichen Einfluß auf die Familie auszudehnen.

Schutz und Förderung der Familie sind ein Grundanliegen der CDU, das sie in allen Bereichen durchsetzen will.

Die Leistungen der Familie für den einzelnen Menschen sind durch keine Institutionen zu ersetzen. Die Eltern entscheiden in eigener Verantwortung, ob sich einer von ihnen voll der Erziehung und Betreuung der Kinder widmet

oder beide berufstätig sind. Staat und Gesellschaft müssen die Voraussetzungen für eine freie Entscheidung schaffen. Mütter wie Väter, die sich ganz der Familie zuwenden, verdienen die volle Anerkennung und Unterstützung. Dies gilt auch für alleinerziehende Elternteile.

Familienpolitik ist für die CDU die Summe vieler Einzelmaßnahmen in allen politischen Bereichen. Wir werden auch bei angespannter Finanzlage alle Maßnahmen weiterentwickeln, die sich vor allem für kinderreiche Familien bewährt haben. Langfristiges Ziel bleibt die Anerkennung der Erziehungsjahre in der Sozialversicherung.

Die CDU wird ihre familienfreundliche Politik deutlich machen:

* In der Familienpolitik

durch die Weiterentwicklung der Familienbildung, der Familienberatung, der Familienerholung und durch die Hilfe der Stiftung "Familie in Not".

* In der Arbeitswelt

durch erhöhte Angebote von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen für Männer und Frauen im öffentlichen und privaten Bereich mehr Wahlfreiheit ermöglichen.

* In der Bildungspolitik

durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems.

* In der Wohnungsbaupolitik

durch die Sonderförderung für kinderreiche Familien, das Sonderprogramm für junge Familien und die Maßnahmen zur Erhaltung des Wohnraumes für Familien in besonderen finanziellen Schwierigkeiten.

* In der Wirtschaftspolitik

durch den Ausbau einer leistungsfähigen Verbraucher- und Ernährungsberatung.

Die CDU wird weiterhin entschieden dafür eintreten, daß bei allen Gesetzesvorhaben die im Grundgesetz verankerte Stellung von Ehe und Familie unangetastet bleibt. Das gilt ganz besonders für das Recht der alterlichen Sorge, das Familienrecht und die Weiterentwicklung des Jugendhilferechts.

31. Soziale Sicherung und soziale Dienste

Aus christlicher Verantwortung ist Solidarität mit den Hilfebedürftigen ein Grundanliegen unserer Politik. Das Netz der sozialen Sicherung und der sozialen Dienste soll jedem ein Leben gewährleisten, das der Würde des Menschen entspricht. Wir stellen uns der Neuen Sozialen Frage. Alte

Menschen, Mütter mit Kindern und Behinderte haben Anspruch auf unseren besonderen Schutz.

Sozialpolitik der CDU gründet sich auf:

- * Stärkung der Eigenverantwortung des Einzelnen und seiner Familie,
- * Förderung der Selbsthilfe und praktische Nachbarschaftshilfe, Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeit in sozialen Diensten.

Wir haben in Schleswig-Holstein eine solide, flächendeckende Versorgung mit ambulanten sozialen Diensten und Einrichtungen erreicht. Etwa 570 Gemeindeschwestern sowie über 1 100 haupt- und nebenamtliche Hilfskräfte versorgen hilfs- und pflegebedürftige Bürger. Sie werden dabei von vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern unterstützt. 75 Sozialstationen arbeiten im Lande. Mit über 10 000 Plätzen in Pflegeheimen und 3 200 Plätzen in Werkstätten für Behinderte hat Schleswig-Holstein eine führende Position im Bundesgebiet.

Schwerpunkt der CDU-Sozialpolitik wird es sein, auch bei erheblich veränderten finanziellen Bedingungen die geschaffenen Hilfen zu sichern und sie noch stärker auf die wirklich hilfebedürftigen Menschen zu konzentrieren. Die Solidarität, Subsidiarität und die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Mitarbeit sind dafür entscheidende Voraussetzungen.

Die CDU will in den nächsten vier Jahren vor allem

- * die Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände und Kirchengemeinden weiter fördern und ihren Vorrang vor staatlichen und kommunalen Aktivitäten festigen,
- * die Gemeinschaft von Behinderten und Nichtbehinderten in Kindergärten, Schulen und am Arbeitsplatz verstärken,
- * die Eingliederung Behinderter und Gefährdeter in das normale Leben erleichtern,
- * die umfassende Betreuung Behinderter nach erfolgter Rehabilitation und die individuelle Betreuung Schwerstbehinderter in ihrem häuslichen Bereich unterstützen,
- * die Sozialhilfe so weiterentwickeln, daß die vom Hilfebedürftigen bevorzugte Hilfe im häuslichen Bereich stärker als bisher in den Vordergrund rückt,

- * Kurzzeitpflegeplätze schaffen, die bei Urlaub oder Krankheit der pflegenden Angehörigen zur Verfügung gestellt werden können.

Wir wollen, daß die älteren Bürger am kulturellen, gesellschaftlichen und geistigen Leben teilhaben. Nach ihren Wünschen sollen sie solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Kinder und Angehörige tragen eine Mitverantwortung für das Wohl der älteren Bürger.

In der praktischen CDU-Sozialpolitik bedeutet dies für die nächsten vier Jahre

- * die ambulanten sozialen Dienste, vor allem Gemeindekrankenpflege, Hauspflege und Sozialstationen weiter zu sichern und zu verbessern,
- * verstärkt Wohnungen altengerecht zu bauen und zu modernisieren, damit ältere Menschen bei voller Selbständigkeit die Hilfe von benachbarten Sozialstationen, Altentagesstätten und anderen Diensten in Anspruch nehmen können.

32. Gesundheit

Die CDU bejaht die Vielfalt von privaten, freigemeinnützigen und öffentlichen Trägern im Gesundheitswesen. Sie lehnt alle sozialistischen Vorstellung eines staatlich gelenkten, bürokratisierten Gesundheitswesens nachdrücklich ab. Die CDU steht zum Prinzip der Selbstverwaltung.

Unverzichtbar sind:

- * das Recht des Einzelnen auf freie Arztwahl,
- * die Verantwortung des Einzelnen für seine Gesundheit und für die Gemeinschaft der Versicherten,
- * das Recht der Heilberufe auf freie Niederlassung, Berufsausübung und Selbstverwaltung.

Die Förderung gesunder Lebensbedingungen, die Gesundheitsvorsorge und die Früherkennung von Krankheiten sind Schwerpunkte der Gesundheitspolitik der CDU. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der gesunden Entwicklung unserer Kinder. Wir wollen durch Aufklärung erreichen, daß die Früherkennungsuntersuchungen für Kinder mehr in Anspruch genommen werden.

Die CDU sieht im wirkungsvollen Schutz der arbeitenden Menschen eine sozialpolitische Verpflichtung von hohem Rang. Unser Ziel ist eine menschliche, gesunde und unfallfreie Arbeitswelt. Die CDU unterstützt alle Maßnahmen, die darauf abzielen, gesundheitliche Belastungen von morgen durch überlegtes und zielgerichtetes Handeln heute zu vermeiden.

Unsere Sorge gilt dem Mißbrauch von Tabak, Alkohol, Arznei- und Rauschmitteln. Deshalb werden wir die Maßnahmen zur vorbeugenden Beratung, besonders auch in den Schulen und die Nachsorge ebenso verstärken wie die Überwachung der gesetzlichen Regelungen.

Wir werden auch in Zukunft zur Suchtbekämpfung Mittel bereitstellen und Therapieplätze für Rauschmittelabhängige fördern.

Der Arzt für Allgemeinmedizin ist als Haus- und Familienarzt hinsichtlich einer bürgernahen und wirtschaftlich vertretbaren Versorgung unverzichtbar. Wir unterstützen die erfolgreichen Bemühungen der Körperschaften um eine flächendeckende Betreuung der Bevölkerung durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte, insbesondere im ländlichen Raum.

Unsere Politik für eine leistungsfähige und wirtschaftliche Krankenhausversorgung hat zu einem bedarfsgerechten Ausbau leistungsfähiger Krankenhäuser geführt. Einschneidende Kürzungen der Schleswig-Holstein zugewiesenen Bundesmittel für Krankenhausfinanzierung haben die finanziellen Grundlagen unserer bisherigen Planung erheblich verschlechtert.

Die CDU wird ihre Krankenhauspolitik im Rahmen der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten weiterhin an den medizinischen wie auch an den wirtschaftlichen und örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen ausrichten. Ein Modellversuch, ein kommunales Krankenhaus durch eine Betriebsgesellschaft zu führen, soll in Anbetracht der hohen Pflegesätze angestrebt werden.

Der psychisch Kranke hat Anspruch auf ärztliche, pflegerische und soziale Versorgung und Betreuung wie jeder andere Kranke. Er soll soweit und solange wie möglich in der Familie und in seiner ihm vertrauten Umgebung bleiben. Deshalb werden wir die Bemühungen um den weiteren Ausbau der dezentralen orts- und bürgernahen psychiatrischen Versorgung fortsetzen.

33. Ausländerpolitik

Rund 4,7 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik und die stark wachsende Zahl ihrer Angehörigen stellen auch das Land Schleswig-Holstein mit zur Zeit 94 500 ausländischen Mitbürgern vor große Probleme.

Die CDU verurteilt jede Art von Ausländerfeindlichkeit, weil diese den Grundwerten unserer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung widerspricht.

Die CDU bemüht sich seit Jahren, die bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien, insbesondere Kinder und Jugendliche, in unser gesellschaftliches Leben einzubeziehen.

Wir treten ein für

- * geordnete Wohnverhältnisse,
- * vermehrten Besuch von Kindergärten,
- * einen Schulunterricht, der den sprachlichen Schwierigkeiten der ausländischen Kinder Rechnung trägt, ihre Isolierung vermeidet und die deutschen Kinder in ihren Leistungsmöglichkeiten nicht einschränkt.

Reine Ausländerklassen und -kindergärten sollen vermieden werden.

Die Mehrzahl der Ausländer ist aber unentschlossen, wo ihr künftiger Lebensmittelpunkt liegen soll. Nur ein kleiner Teil ist bereit, sich voll in unser staatliches und gesellschaftliches Leben einzugliedern. Im Interesse vor allem der ausländischen Kinder muß von ihren Eltern verlangt werden, daß sie rechtzeitig darüber entscheiden, ob und wann sie mit ihren Familien in die Heimat zurückkehren. Die Rückkehrbereitschaft ist, gegebenenfalls durch finanzielle Anreize, zu fördern.

Die CDU tritt dafür ein, daß der Anwerbestop uneingeschränkt aufrechterhalten bleibt. Auch der weitere Zuzug von Familienangehörigen zu hier lebenden Ausländern ist auf ein sozial verantwortliches Mindestmaß zu beschränken.

Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl, das ein wesentlicher Bestandteil unserer Verfassung ist. Sie wird aber nicht tatenlos hinnehmen, daß dieses Grundrecht durch ständigen Mißbrauch ausgehöhlt wird.

Illegale Einreise, illegaler Aufenthalt, illegale Arbeitsaufnahme und illegale Beschäftigung von Ausländern ist zu unterbinden.

V. Für unser Land: Frieden und Sicherheit in Freiheit

Niemand kann in Zweifel ziehen: Wir leben im freiheitlichsten Staat, in dem Deutsche je in ihrer Geschichte gelebt haben. Dieser Staat hat uns auf der Grundlage einer freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Verfassung den Frieden bewahrt - nach innen und außen.

Unverzichtbarer Bestandteil unserer Politik des Friedens ist eine einsatzbereite Bundeswehr, die in unseren Staat und unsere Gesellschaft eingefügt ist.

Gegner unseres Staates liefern ein Zerrbild der Wirklichkeit, wenn sie behaupten, dieser Staat schränke verfassungswidrig Bürgerrechte ein. Das Gegenteil ist richtig:

Militante Gewalt und die Mißachtung demokratischer Mehrheitsentscheidungen gefährden die Freiheit unserer Bürger.

Deshalb streitet die CDU aus tiefster Überzeugung und historischer Erfahrung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, für die Sicherheit unserer Bürger in Freiheit und für den Frieden. Dabei erkennen wir durchaus: Nicht alles in Staat und Gesellschaft ist so, wie es sein soll. Auch unser staatliches Leben wird von Menschen gestaltet. Wir dürfen deshalb nicht stehenbleiben bei dem, was wir gemeinsam mit allen Bürgern in Schleswig-Holstein erreicht haben. Wir werden unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat weiter ausbauen zum Wohle aller Bürger.

34. Frieden und Sicherheit

Unser Staat und seine Bürger müssen vor verfassungsfeindlichen Kräften, Terror und Rechtsbruch geschützt werden. Die Sicherheit unserer Bürger ist Grundvoraussetzung für ein Leben in Frieden und Freiheit.

Unsere Aufgabe ist es daher,

- * den Freiheitsraum des Einzelnen im Verhältnis zum Mitbürger und zur Gesellschaft zu sichern,
- * die Grundrechte im Verhältnis Bürger und Staat zu gewährleisten,
- * Angriffe gegen den Staat und die verfassungsmäßige Ordnung abzuwehren,
- * dem Bürger in Notsituationen mit gut ausgestatteten Einheiten der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes zu helfen.

Wir haben die Polizei unseres Landes in die Lage versetzt, ihre tägliche verantwortungsvolle Arbeit zu erfüllen und auch Großeinsätze zu bewältigen. Verfassungsfeinde haben in unserem Lande keine Chance. Die CDU wird dafür sorgen, daß sich daran auch künftig nichts ändert und die Polizei weiterhin ihre Aufgaben zum Wohle unserer Bürger voll erfüllen kann.

Die CDU wird sich einsetzen

- * für einen wirksamen Straftatbestand des Landfriedensbruchs,
- * für ein Vermummungs- und Bewaffnungsverbot auf Demonstrationen,
- * für überschaubare und bürgernahe Polizeidienststellen.

Unsere Feuerwehren und zivilen Hilfsorganisationen leisten mit ihren verantwortungsvollen Einsätzen einen vorbildlichen Beitrag für den Schutz unserer Bürger. Wir fördern und würdigen die ehrenamtliche Arbeit Tausender von Bürgern unseres Landes wie bisher nach Kräften.

35. Der Landtag

Die CDU bekennt sich zur repräsentativen Demokratie, in der das Volk die gesetzgebende Gewalt durch freie, auf Zeit gewählte Abgeordnete ausübt.

Der Landtag vertritt als oberstes Verfassungsorgan das ganze Volk.

Die CDU tritt für das freie Mandat ein. Auch in einer Parteidemokratie darf kein Abgeordneter an Weisungen und Aufträge bei der Ausübung seines Mandats gebunden sein. Aus diesem Grund widersetzt sich die CDU Bestrebungen in der SPD, Abgeordnete an Parteienaufträge zu binden. Landtagsabgeordnete sollen weiter in der Lage sein, einen Beruf auszuüben.

Mit Bürgerinitiativen werden wir auf der Grundlage unserer freiheitlichen Grundordnung weiter die sachliche Diskussion führen. Manche Bürgerinitiativen haben für das Gemeinwohl vor Ort wertvolle Beiträge gebracht, andere verfolgen mehr ihre Einzelinteressen.

Im übrigen werden wir uns auf den Erlass unbedingt notwendiger Gesetze beschränken, um den Entscheidungs- und Handlungsspielraum der Bürger so wenig wie möglich einzuengen.

36. Schleswig-Holstein im Bund

Die Entwicklung unseres Landes wird entscheidend mit beeinflußt durch

die Politik in Bonn. Die Landesregierung wirkt über den Bundesrat an der Willensbildung des Bundes mit. Die CDU-Landesregierung wird auch weiterhin im Bundesrat die besonderen Interessen unseres Landes und seiner Bürger mit Nachdruck zur Geltung bringen. Sie hat z. B. im Jahre 1980 eine Reihe kostenintensiver Gesetzesvorlagen der ehemaligen Bundesregierung abgelehnt, weil die hohe finanzielle Belastung für Bund, Länder und Gemeinden nicht zu verantworten war. Dies ändert nichts an der maßvollen und konstruktiven Politik der Länder im Bundesrat.

Die CDU erwartet von jeder Bundesregierung, daß sie dem Auftrag des Grundgesetzes nachkommt, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu wahren und die gleichmäßige Erfüllung der öffentlichen Ausgaben sicherzustellen. Die besonderen Probleme Schleswig-Holsteins und der deutschen Nordregion sowie der Zonengrenze verpflichten den Bund zu den selben Hilfen, die er anderen benachteiligten Regionen zuteil werden läßt.

37. Leistungsfähige, sparsame und bürgernahe Verwaltung

Die unabhängige öffentliche Verwaltung ist ein wichtiger Bestandteil unseres demokratischen Rechtsstaates.

Nur ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst mit fachlich qualifizierten und verfassungstreuen Mitarbeitern wird den wachsenden Aufgaben gerecht. Wir werden daher allen Versuchen entschieden entgegentreten, die Treuepflicht des Beamten unterschiedlich zu behandeln und das Streikverbot für Beamte auszuhöhlen.

Die CDU hat in ihrer langjährigen politischen Verantwortung auf dieser Grundlage eine wirtschaftlich und sparsam arbeitende Verwaltung im Lande aufgebaut. Ihre Mitarbeiter verdienen unsere Anerkennung und unser Vertrauen.

Die CDU hat bereits sehr frühzeitig erkannt, daß Verwaltungsvereinfachung eine ständige Aufgabe darstellt. Bei diesen Maßnahmen ist Schleswig-Holstein immer führend gewesen.

Die beiden Rechtsbereinigungen Anfang der 60er und Anfang der 70er Jahre, eine Gebiets- und Funktionalreform mit Augenmaß und ein einheitliches Landesverwaltungsrecht - 10 Jahre vor allen anderen - sind dafür Beispiele. Auch in jüngster Zeit hat Schleswig-Holstein diese Spitzenstellung nicht verloren.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat im Vergleich zu allen anderen Bundesländern die wenigsten Gesetze erlassen. Mehrere hundert Vorschriften in Gesetzen und Verordnungen wurden gestrichen. Auf zahlreichen Gebieten, z.B. im Baurecht und der Statistik, haben wir erhebliche Vereinfachungen und Erleichterungen für den Bürger eingeführt. Als überflüssig erkannte Erlasse haben wir in großer Zahl aufgehoben. Diese Bemühungen wollen wir fortsetzen, um die Verwaltungsarbeit zu vereinfachen.

Unsere Anstrengungen konnten die ständig steigende Gesetzesflut und komplizierter werdende Gesetzesregelungen auf Bundesebene leider nicht verhindern. Die CDU-Landesregierung wird sich dieser Entwicklung wie bisher im Bundesrat mit Nachdruck widersetzen. Um die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte zu überwinden, wird es erforderlich sein, die Aufgaben für die Verwaltung in allen Bereichen zu überdenken und damit Möglichkeiten für Stellenverminderungen zu schaffen. Wir werden die Ministerialzulage schrittweise in Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Ländern weiter zurückführen. Bei Beförderungen sollen noch stärker Leistungsgesichtspunkte berücksichtigt werden.

38. Kommunale Selbstverwaltung

Die kommunale Selbstverwaltung freigewählter Bürger ist eine unentbehrliche Grundlage unserer Demokratie. Die CDU hat in Schleswig-Holstein dafür gesorgt, daß die Bürger an wichtigen Entscheidungen rechtzeitig beteiligt werden. Wir fördern privaten Ideenreichtum, Eigeninitiative und den ehrenamtlichen Einsatz unserer Mitbürger. Gerade der jungen Generation wollen wir in der kommunalen Arbeit Chancen der Selbstverwirklichung und der schöpferischen Mitarbeit aufzeigen.

Die CDU hat in Schleswig-Holstein durch eine maßvolle Gebietsneuordnung überschaubare und zweckmäßige Verwaltungseinheiten geschaffen. Wir überlassen es der freien Entscheidung unserer Gemeinden, ob sie selbständig bleiben oder sich zusammenschließen wollen. Wer wie die SPD in der Vergangenheit Großgemeinden oder Amtsgemeinden gefordert hat und auch weiterhin dem Zentralismus und der Konzentration der Verwaltung das Wort redet, muß wissen, daß damit Freiheitsräume der Bürger abgebaut werden.

Die Selbstverwaltung wird ihre Aufgabe nur dann dauerhaft erfüllen können, wenn der Spielraum für eigenständige Entscheidungen erhalten bleibt und ausgeweitet wird.

Wir wissen, daß die örtliche Verwaltung bürgernäher arbeitet und die Bedürfnisse des einzelnen Menschen besser berücksichtigen kann. Mit der Übertragung von Zuständigkeiten des Landes auf die Gemeinden und Kreise hat die CDU in Schleswig-Holstein einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan. Sie wird diese Politik fortsetzen. Dabei soll geprüft werden, ob nicht gleichzeitig die Aufgabenart geändert werden muß.

Eine eigenständige Selbstverwaltung ist ohne ausreichende Finanzmittel nicht möglich. Durch große Anstrengungen hat die CDU-Landesregierung erreicht, daß die Finanzkraft unserer Gemeinden gestärkt wurde. Der Erfolg kann sich sehen lassen: Die Gemeinden sind pro Einwohner in Schleswig-Holstein niedriger verschuldet als in den anderen Flächenländern.

Die CDU konnte bisher nicht verhindern, daß die kommunalen Finanzen durch ausgabeintensive Bundesgesetze unvertretbar belastet werden. Sie tritt den Bestrebungen entgegen, durch immer neue Mischfinanzierungen die Gemeinden und Kreise zu gängeln.

39. Recht und Justiz

Unsere rechtsstaatliche Ordnung beruht auf der Achtung vor dem Recht. Dazu gehört auch die Anerkennung der Gesetze durch alle Bürger. Die Gesetze sind Wertentscheidungen und Ausdruck der Rechtsgesinnung zugleich. Es ist allein Aufgabe der Verwaltung und der Gerichte, Gesetz und Recht durchzusetzen. Die CDU bejaht das grundgesetzlich verbriefte Recht des Bürgers zur friedlichen Demonstration als Ausdruck von Liberalität und Toleranz unserer freiheitlichen Demokratie.

Die Bevölkerung kann das Recht nur wahren, wenn die Gesetze für den Bürger verständlich sind. Recht ist keine Sozialtechnik, kein Hebel für die Inhaber politischer Macht, die Gesellschaft nach ihrem Belieben zu verändern. Neue Gesetze müssen vielmehr von der allgemeinen Überzeugung und von dem Bemühen um Einmütigkeit getragen sein.

Rechtsstaatliche Ordnung erfordert einen wirksamen Rechtsschutz, dazu gehört auch

- * über den Bundesrat auf eine Vereinfachung der gerichtlichen Verfahrensordnungen hinzuwirken,

- * durch organisatorische Maßnahmen, durch Vereinfachung der gerichtlichen Verfahrensabläufe und durch verbesserte Bürotechnik die Leistungsfähigkeit der Justiz zu stärken,
- * dafür einzutreten, daß die Juristenausbildung vor einer Zersplitterung bewahrt wird. Junge Juristen müssen weiter in der Lage sein, alle juristischen Berufe auszuüben,
- * die seit 1970 mit Erfolg durchgeführte maßvolle Neugliederung der Amtsgerichtsbezirke unter Einbeziehung der südlichen Landesteile abzuschließen.

Wir müssen die Kriminalität schon im Vorfeld bekämpfen. Die CDU setzt sich für die Erforschung kriminalitätsfördernder Faktoren und für Vorbeugungsprogramme ein.

Straffällig gewordene Mitbürger sind wieder in die Gemeinschaft einzugliedern, ihnen ist eine faire Chance zu geben. Trotz knapper Finanzmittel werden wir fortfahren, die Voraussetzungen für einen humanen und erzieherischen Strafvollzug zu sichern. Wir bauen die neue Jugendvollzugsanstalt in Moltsfelde. Durch einen Resozialisierungsfonds wollen wir Straffällige, bei denen die Wahrscheinlichkeit besteht, daß sie künftig ein Leben ohne Straftaten führen, durch Umschuldung in die Lage versetzen, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu ordnen.

Die Opfer von Straftaten verdienen in hohem Maße unsere Aufmerksamkeit und Hilfe. Die CDU fordert

- * eine bessere Betreuung der Opfer durch Zusammenarbeit von Polizei und Sozialdiensten vor allem im unmittelbaren Anschluß an die Tat,
- * die Täter dazu anzuhalten, den durch die Straftat entstandenen Schaden wieder gutzumachen.

40. Freiheit und Vielfalt der Medien

Umfassende Informationen sind Voraussetzung für die Demokratie und deshalb ein unverzichtbares Grundrecht. Gesichert wird die Meinungs- und Informationsfreiheit durch eine Vielfalt von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Die CDU tritt deshalb für die Erhaltung der privaten Zeitungen ein, die in Schleswig-Holstein vielgestaltiger erscheinen als in anderen Regionen.

Neben der Presse müssen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in ihrem Bestand gesichert werden. Die Landesregierung hat mit der Reform des Norddeutschen Rundfunks zwei wesentliche Ziele erreicht:

1. Im neuen NDR-Staatsvertrag gelten verbindliche Richtlinien für einen sachlichen und fairen Journalismus.
2. Die drei neuen Landesprogramme sichern eine umfassende Regionalberichterstattung in Hörfunk und Fernsehen. Noch fehlende technische Einrichtungen müssen beschleunigt vervollständigt werden, um das schleswig-holsteinische Landesprogramm der gesamten Bevölkerung anzubieten.

Neue Entwicklungschancen in der Kommunikationstechnik dürfen nicht aus kurzfristigen ideologischen Gründen gestoppt werden. An diesen neuen Medien müssen private Programmgestalter, insbesondere die Regional- und Heimatpresse, angemessen beteiligt werden. Die CDU wird durch ein Landesrundfunkgesetz gesetzlich sicherstellen, daß die neuen Medien nicht mißbräuchlich genutzt werden und eine breitere Basis für Informationen und Meinungen schaffen.